

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom	16. Juni 2025
Kantonsratspräsident	Zehnder Ferdinand

P 467 Postulat Hodel Thomas Alois und Mit. über die eigenständige Teilnahme der Luzerner Regierung an der Vernehmlassung zum EU-Rahmenabkommen / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Das Postulat P 467 wurde auf die Juni-Session hin dringlich eingereicht.
Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab.
Thomas Alois Hodel hält an der Dringlichkeit fest.

Thomas Alois Hodel: Es steht ausser Frage, dass das Thema ein aussergewöhnlich hohes politisches Gewicht hat und es wird wohl für eine der grössten Abstimmungen der letzten Jahre sorgen. Das Thema erträgt zudem keinen Aufschub, da die Vernehmlassungsfrist nur bis Ende Oktober dauert. Wir finden es nicht richtig, dass der Kanton Luzern keine eigene Stellungnahme abgeben will. Schliesslich stellt dieser Vertrag den Kanton Luzern als solchen in Frage, Stichwort dynamische Rechtsübernahme. Was tun wir, wenn die EU plötzlich eine Steuerharmonisierung fordert? Dann wird die ganze Politik der letzten Jahre in Frage gestellt und im Prinzip nichtig. Deshalb bitte ich Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektorin Ylfete Fanaj.

Ylfete Fanaj: Am Freitag hat der Bundesrat das EU-Vertragspaket definitiv verabschiedet. Die Vertragstexte wurden genehmigt und in die Vernehmlassung geschickt. Wie es der Postulant bereits erklärt hat, läuft die Vernehmlassungsfrist bis Ende Oktober. Zwischen heute und Ende Oktober finden die September- und die Oktober-Session statt. Die Dringlichkeit ist für uns nicht gegeben, wir können Ihnen aber zusichern, dass wir den Vorstoss in der September-Session behandeln werden. Damit bleibt auch genügend Zeit, um Ihr Anliegen zu diskutieren.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 88 zu 27 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.